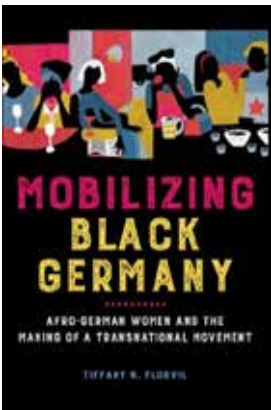


Denkmalsturm, Genderwahn, antiweißer Rassismus, Massenzuwanderung Wollen wir das auch in Österreich?

Jetzt muss die Regierung handeln und dabei Opposition und das Volk einbinden

Von Josef Feldner



Das alles bringt unsere kulturellen Werte insgesamt in Gefahr!

- * Denkmalstürmer in Österreich machen auch vor großen historischen Persönlichkeiten nicht Halt, wie die Forderung nach Beseitigung des Denkmals für Prinz Eugen in Wien zeigt.
- * Der Genderwahn hat längst bereits auch den öffentlichen Bereich in Österreich erfasst. In Deutschland machen inzwischen viele Städte Gendern für ihre Mitarbeiter zur Pflicht, was auch schon auf Ortstafeln sichtbar gemacht wird. So heißt dort Hannover seit kurzem „Hannover*in“(!). Es gilt alles zu tun, dass solch Irres nicht auch in Österreich Platz greift, zumal Umfragen zufolge die große Mehrheit der Österreicher dagegen ist!
- * Die in den USA weit verbreitete „Black Lives Matter“ Bewegung hat inzwischen auch Europa erreicht, wo sie von

einem durchaus gerechtfertigten Eintreten für Rechte der Schwarzen da und dort schon radikalisiert zu einem antiweißen Rassismus mutierte.

- * Zahlen über ein stetiges Ansteigen einer illegalen Massenzuwanderung erfordern rasches Handeln! 2015 (Foto) darf sich nicht wiederholen! Es ist inhuman, Wirtschaftsflüchtlinge in Massen aufzunehmen, für die es keine Arbeitsplätze gibt und die auch für die heimische Bevölkerung ein gefährliches Biotop für Sozialkonflikte und Massenarmut bilden.

Was tun? Wir können nur immer wieder aufzeigen, kritisch thematisieren und die Regierung zu direktdemokratischem Handeln aufrufen. Auch bei Bekämpfung der Corona Pandemie!

Corona-Pandemie, Klimawandel, Europaweiter Identitätsverlust Wir müssen uns diesen großen Herausforderungen stellen

Die statutarische Verpflichtung des Kärntner Heimatdienstes, mit größtem Einsatz für die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat einzutreten, hindert den KHD nicht daran, weiter erfolgreich wertvolle Friedensarbeit zu leisten und damit ganz wesentlich zu einem funktionierenden friedlichen Miteinander in Kärnten beizutragen.

Lesen Sie dazu unseren ausführlichen Bericht auf den Seiten 6 bis 9 über die Enthüllung einer gemeinsamen Opfergedenktafel in Völkermarkt.

Aus Rücksicht auf Muslime

EU-Kommissarin empfiehlt Weihnachten aus dem Sprachgebrauch zu nehmen!

Einen unglaublichen Akt von Liebdienerei gegenüber nichtchristlichen Zuwanderern setzte kürzlich die EU-Kommissarin Helena Dalli. Sie verfasste im November ein Papier mit dessen Hilfe sich die Kommissionsleute politisch korrekt und diskriminierungsfrei ausdrücken sollten.

EU-Empfehlung: Aus Rücksicht auf Nichtchristen „Weihnachtszeit“ in „Ferienzeit“ umbenennen.



Wie die KLEINE ZEITUNG am 2. Dezember in einem Beitrag von Andreas Lieb unter dem Titel „Was die EU am Weihnachtsfest stört“ berichtet, werden die Mitarbeiter der EU-Kommission in dem Handbuch aufgerufen, nicht davon auszugehen, dass alle EU-Bürger Christen seien und christliche Feste feiern.

„Daher animierte das Handbuch dazu“, heißt es im Beitrag weiter, „nicht von der „Weihnachtszeit“ zu sprechen, stattdessen könnte man auch „Ferienzeit“ sagen.“

Generell sollten zudem nicht ausschließlich religionstypische Namen genutzt werden. Das Handbuch nennt als Beispiel, dass ein „internationales Paar“ statt als „Maria und Johannes“ auch „Malika und Julio“ bezeichnet werden könne“.

Daraufhin gab es heftige Kritik von den italienischen Parteien Forza Italia, Lega und Fratelli d'Italia, in Österreich von der FPÖ.

Die KLEINE ZEITUNG zitiert EU-Mandatar Roman Haider:

„Es ist eine bodenlose Frechheit und unglaubliche Anmaßung, wie die EU-Kommission traditionelle europäische Feste bekämpft.“

Weihnachten als Teil des europäischen Kulturerbes, soll aus Rücksicht auf Migranten aus der EU verschwinden.“

Auch seitens der katholischen Kirche gab es Proteste. Der vatikanische Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin sprach von einem falschen Weg:

Comece-Vorsitzender Jean-Claude Hollerich ergänzt: „Weihnachten ist nicht nur Teil der europäisch-religiösen Traditionen, sondern auch der europäischen Realität.“

Unter Druck gesetzt, kündigte die EU-Kommissarin an: „Ich werde den Leitfaden noch einmal überarbeiten.“

Diese unglaubliche Attacke gegen bisher unbestritten gewesene uralte europäische Traditionen ist weiteres Beispiel dafür, wie gleichgültig, bis hin zu offen ablehnend EU-Mächtige unseren westlichen Werten gegenüberstehen.

Wie sollen bei solchen „Beispielen“, die die EU gibt, die unvermindert anhaltende Flut an Immigranten aus fremden Kulturen integriert werden?

Grün-Fundis wollen „Deutschland“ streichen und Millionen Klimaflüchtlinge mit allen staatsbürgerlichen Rechten nach Deutschland holen

Aus den USA schwappt seit Jahren eine aggressiv anti-weiße Bewegung auf Europa über und findet vor allem bei Grün-Fundis in Deutschland große Zustimmung.

Das größte deutsche Massenblatt BILD fürchtet dass grüne Hardliner maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Regierungsarbeit nehmen könnten. In Richtung uneingeschränkte Massenzuwanderung und Generalangriff auf jeglichen Patriotismus. Dazu zitiert BILD einflussreiche Neo-Fundis:

Emilia Fester, neu im Bundestag, will schon jetzt alle Klimaflüchtlinge nach Deutschland holen mit allen staatsbürgerlichen Rechten.

Deborah Düring ergänzt: „200 Millionen Menschen könnten wegen hoher Temperaturen schon jetzt nach Deutschland fliehen.“

Ricarda Lang unterstützt als grünes Mitglied des deutschen, „Sondierungsteams“ diese Pläne voll und ganz.

Weitere Grün-Fundis bekämpfen jeglichen Patriotismus:

So fordert die Bundestagsabgeordnete Jamila Schäfer Schwarz-Rot-Gold aus dem Fußball zu entfernen. Nationalgefühle seien gefährlich!

Michael Sebastian Schneiss will das Wort „Deutschland“ aus dem Programm streichen wegen „negativer Assoziation“.

Für Progressive werden „Alte weiße Männer“ zur Zielscheibe.

Auftrittsverbot für prominenten französischen Philosophen an Universitäten

Unter dem Titel „Verteufelt als dreckiger Rassist“ beklagt Carina Kerschbaumer am 6. November in der KLEINEN ZEITUNG, dass keine französische Universität es heute wagt, einen der prominentesten Philosophen Europas, den Franzosen Alain Finkielkraut zu einer Konferenz einzuladen.

Im Beitrag wird Finkielkraut, der als „dreckiger Rassist“ attackiert wird zitiert:

„Selbst viele jüngere Journalisten sind intolerante Pranger-Redner. Widerspruch unerwünscht. Mit politischen Antago-

nisten wird nicht diskutiert, die müssen eliminiert werden, wie er selbst.“

Über 70 Jahre alt, weiß zu sein und dann auch noch zu zweifeln, dass die Diversität Europa Glück bringe, reiche aus, dass er für Progressive und Linke „ein lebender Skandal“ ist.

Wohin führt es, wenn auch schon auf Universitäten ein Dialog ohne Vorbedingungen mit einem politischen oder ideologischen Gegner abgelehnt, ja bekämpft wird?

„Denkmalstürmerei setzt Denken außer Kraft“

Zu den Erfüllungsgehilfen des antiweißen Rassismus zählen auch jene, die im gesamten abendländischen Raum Denkmäler stürmen, auch solche für bekannteste historische Persönlichkeiten, wie Christoph Kolumbus, Oliver Cromwell, Horatio Nelson oder Sir Francis Drake.

In Österreich stehen ebenfalls eine Reihe von Denkmäler und Straßenbezeichnungen auf der Abschussliste. Allen voran das Lueger-Denkmal in Wien, aber auch Straßennamen für Herbert von Karajan, Ferdinand Porsche oder Karl Heinrich Waggerl.

Hannes Androsch: Statt Denkmäler zu stürzen, geschichtliche Aufarbeitung



So Ex-Finanzminister Hannes Androsch zum Denkmal für den legendären Wiener Bürgermeister Karl Lueger in KRONE BUNT.

Auch wenn Androsch Luegers antisemitische Gesinnung kritisch beurteilt, spricht er sich gegen die Beseitigung des Denkmals aus:

„Mit Denkmalstürmerei beseitigt man nicht das Gedenken, setzt aber das Denken außer Kraft.“

Und: „Gründerväter der Vereinigten Staaten waren „Sklavenhändler. Das sollte

man auch so benennen, aufarbeiten, das ist selbstverständlich. Aber heutige Ungleichbehandlung beseitigt man nicht, indem man ihre Denkmäler stürzt. Das ist ein Irrweg.“

Vielen geht es auch darum, westliches Kulturgut infrage zu stellen

Zu diesen Kräften zählen vor allem auch aggressiv gegen westliches Kulturgut insgesamt agierende Aktivisten, die unter dem Vorwand sich für Rechte von Schwarzen einzusetzen, einen antiweißen Rassismus pflegen.

Wenn es noch eines Beweises für die auf Zerstörung unserer Kultur abzielende Stoßrichtung des antiweißen Rassismus bedarf, dann darf man nicht darüber hinwegsehen, dass diese Kräfte und deren „weißen“ Erfüllungsgehilfen auch unser großes Musikschaffen zum Ziel ihrer Angriffe genommen haben.

Unfassbar, dass nun auch - wie Klaus Woltron in KRONE BUNT - informiert, Musikprofessoren der weltberühmten Oxford-Universität weniger Mozart und Beethoven fordern. Der Grund:

„Das sei „weiße europäische Musik aus der Sklavenzeit und Komplizenschaft mit weißer Vorherrschaft.“

Auch Peter Strasser nahm bereits am 11. April 2021 in der KLEINEN ZEITUNG zur Denkmalstürmerei Stellung:

„Es wäre zu hoffen, dass die Exzesse der Vergangenheitsauslöschung einer differenziert-humanistischen auf Aussöhnung und Wiedergutmachung gerichteten Sichtweise Platz

Der im oben genannten Beitrag der KLEINEN ZEITUNG zum Ausdruck gebrachten Hoffnung, dass in Hinkunft „die Exzesse der Vergangenheitsauslöschung einer differenziert-humanistischen auf Aussöhnung und Wiedergutmachung gerichteten Sichtweise Platz machen“ ist voll und ganz beizupflichten.

machen. Ohne historische Verbrechen zu leugnen, bedürfte es einer gerechten Einschätzung westlicher Errungenschaften. Demokratie, Menschenrechte, Gleichheitsprinzip, Liberalität:

Das sind – punktuell – Werte, die sich vor dem Hintergrund der immer gleichen menschlichen Grundbedürfnisse global rechtfertigen lassen – unbeschadet der Religion, des Geschlechts oder der Hautfarbe.“

Inzwischen Diskussionen über Denkmäler und Straßenbezeichnungen auch in Kärnten

Die Diskussion über Straßen, die nach Persönlichkeiten benannt wurden, die NS-belastet waren, hat nun auch Kärnten erreicht.

Während sich in Klagenfurt die Debatten darüber noch im Anfangsstadium befinden, ist Villach bereits einen großen Schritt weiter.

Auf Initiative von Bürgermeister Günther Albel und mit Zustimmung des Villacher Gemeinderates wurde der Historiker Werner Koroschitz mit dem Projekt „Zusatztafeln für historisch belastete Straßennamen“ betraut.

Das Ziel des Projektes sei „nichts zu beschönigen und nichts auslöschen, heißt es.

Im 58. Jahrbuch des Stadtmuseums 2021 „Neues aus Alt-Villach“ liest man in einer Vorbemerkung der Schriftleitung dazu:

„Transparenz und Aufklärung sollen bei der Geschichtsaufarbeitung im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus im Vordergrund stehen. Der Zwischenbericht der Forschungsergebnisse liegt bereits online abrufbar auf der Homepage der Stadt Villach vor.“

Inzwischen hat die Stadtgemeinde Villach mit der Umsetzung begonnen und ist dabei nicht den Weg gegangen,



alle Straßen, die nach Personen benannt sind, die Verstrickungen mit dem nationalsozialistischen Regime aufweisen, generell umzubenennen.

Wenn die Prüfung ergeben hat, dass die historischen Belastungen eine Umbe-

nennung nicht als erforderlich erscheinen lassen, wurde die Straßentafel mit einer Zusatztafel versehen.

Wir werden auch in Zukunft die Diskussionen über Denkmäler und Straßenbezeichnungen aufmerksam beobachten und notfalls auch kritisch hinterfragen.

Corona-Pandemie: Ernstnehmen ohne Panikmache!



Seit bald zwei Jahren hält Corona die Welt in Atem. Dennoch ist es weltweit umstritten, welche Mittel zu deren wirksamen Bekämpfung eingesetzt werden sollen. Es gibt diesbezüglich keine Einigkeit. Fast jedes Land hat seine eigenen Vorstellungen, wenn auch die Notwendigkeit der Impfung allgemein gesehen wird.

Die EU hat bisher keinen Versuch unternommen, die Bemühungen zur Pandemiebekämpfung zu koordinieren

Uneinigkeit zeigt sich auch innerhalb der EU. So reglementierfreudig andererseits die europäische Staatengemeinschaft ist, so unwirksam zeigt sie sich bezüglich Corona-Bekämpfung. Die Mitgliedsländer bleiben sich diesbezüglich selbst überlassen und müssen sich jeweils ihre eigenen Regeln schaffen. So auch Österreich, wo auch die Bundesländer eigene Wege gehen dürfen und berechtigt sind, Regelungen des Bundes im eigenen Wirkungsbereich noch zu verschärfen.

Das alles schafft große Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung, die in Straßenprotesten mit rasant anwachsender Beteiligung mündet.

Der oft heillos überforderten Bundesregierung ist es bisher nicht zuletzt „dank“ der sich in kurzen Abständen ändernden personellen Zusammensetzung in so gut wie keinem Teilbereich der Pandemie-Bekämpfung gelungen, Übereinstimmung mit der Opposition zu erzielen.

Auch die Auslandspresse kritisiert schwere Fehler und Versäumnisse der Regierung



Politikwissenschaftler Peter Filzmaier findet in der KRONE vom 28. November harte Worte:

„Die Bundesregierung hat in ihrer Coronapolitik schwere Fehler und Versäumnisse begangen. Wir alle zahlen dafür einen hohen Preis in Form von Toten und eines Lockdowns. Es gibt keinen sofortigen Ausweg.“

Daher sollten Politiker und Bevölkerung gemeinsam auf allzu populistische Sprüche als Scheinlösung verzichten.“

„Daher sollten Politiker und Bevölkerung gemeinsam auf allzu populistische Sprüche als Scheinlösung verzichten.“

Auch Kathrin Stainer-Hämmerle kritisiert scharf, wenn sie in der KLEINEN ZEITUNG am 24. November in einer Glosse unter dem Titel „Entschlossen geschlossen“ feststellt:

„Es braucht einen Neustart. Das klingt angesichts des desaströsen Bildes der Politik in den letzten Monaten und zu Beginn des vierten Lockdowns absurd. Aber es ist notwendig. ...Ein Lockdown, den niemand ernst nimmt, funktioniert ebenso wenig, wie eine halbherzige Impfpflicht. Es muss neben mehr Geschlossenheit auch mehr Entschlossenheit geben.“



... Nach der Pandemie können wir entschlossen geschlossen überlegen, welchen Neustart unsere Parteien und unsere Demokratie brauchen. Denn Wähler haben kein so kurzes Gedächtnis wie Politiker hoffen.“

Scharfe Kritik an der Bundesregierung kommt auch von der Auslandspresse:

Die renommierte „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt:

„Der Lockdown ist eine Bankrotterklärung der österreichischen Politik. Diese hat in den vergangenen Monaten viele Fehler begangen. Er ist aber auch Ausdruck der völligen Ratlosigkeit. Es ist im Gegensatz zu anderen Ländern nicht gelungen, einen genügend großen Teil der Bevölkerung von der Impfung zu überzeugen.“

Die Zeit Hamburg kritisiert:

„Der Lockdown ist das Ergebnis eines politischen Versagens. ... Das Schauspiel, das die österreichische Regierung zuletzt veranstaltet, war einer Spitzenpolitik unwürdig. Es war ein Gerangel ohne Sieger.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“

„Fast auf den Tag genau wie 2020 muss erneut ein harter Lockdown verhängt werden. Allerdings hätte er diesmal durch vorausschauende Maßnahmen verhindert werden können.“

Die FAZ kritisiert sodann ebenso wie die Financial Times London Ex-Kanzler Kurz, der noch Mitte Juni wider besseres Wissen das nahe Pandemieende versprochen hatte.

Jetzt müssen alle an einem Strang ziehen

Gegenseitige Vorwürfe von Regierung und Opposition sind kontraproduktiv.

Es bedarf eines Dialogs ohne Vorbedingungen, bei dem parteipolitische Interessen in den Hintergrund zu treten haben. Auch mit Demonstranten muss Kontakt gesucht und Dialog angeboten werden.

Einziges gemeinsames Ziel muss eine effiziente Pandemiebekämpfung sein.

Die unermesslichen Schäden, die Corona bisher in wirtschaftlicher, aber ganz besonders auch im psychischen Bereich quer durch alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen verursacht hat, dulden keinen Aufschub mehr und sind alle Anstrengungen wert!

Die gesicherten Fluchtwege der EU

Von KHD-Obmann-Stellvertreter Andreas Mölzer



Josep Borrell, der Hohe Beauftragte der Europäischen Union für die Außenpolitik aus den Reihen der spanischen Sozialisten, hat im vergangenen Sommer lauthals verkündet, dass es gesicherte Fluchtwege für Afghanistan in Richtung Europäische Union geben müsse.

Borrell soll dabei zwar nur jene etwa 400 Afghanen gemeint haben, die in Kabul unmittelbar für die EU gearbeitet haben. Das Signal, das er aber damit insgesamt an die etlichen Millionen fluchtwilligen Afghanen ausgesendet hat, ist in der Tat fatal.

In das gleiche Horn stieß die Innenkommissarin der Europäischen Union, die Schwedin Ylva Johansson. Sie, die ursprünglich als Kommunistin in den schwedischen Reichstag gewählt wurde, plädierte heftig für die Aufnahme möglichst vieler Afghanen in die EU und rügte gleichzeitig Österreich wegen seiner diesbezüglichen Unwilligkeit.

Dass die Alpenrepublik mit rund 50.000 Afghanen in der Relation zur eigenen Bevölkerung die nach Schweden größte afghanische „Community“ beherbergt, ist der ultralinken EU-Kommissarin natürlich völlig gleichgültig. Die Probleme, die wir hierzulande mit den Afghanen haben, von denen ein guter Teil straffällig wird, sind ja gerade in letzter Zeit sattsam bekannt geworden.



Heute leiden die Menschen unter dem Terrorregime der Taliban. Jene Afghanen, die bei uns straffällig geworden sind, missbrauchen schändlich das Gastrecht

Allenthalben hört man zwar von den politischen Verantwortungsträgern, dass man die gleichen Fehler wie 2015 bei der hauptsächlich aus Syrien kommenden großen Flüchtlingsinvasion nicht wiederholen wolle, tatsächlich allerdings müssten solche gesicherten Fluchtwege über eine Strecke von mindestens 6.000 Kilometer und über ein halbes Dutzend verschiedenster Staatsgrenzen führen, Fluchtwege also, die mit staatlicher und offizieller Hilfestellung mittels öffentlicher Verkehrsmittel zu bewältigen wären.

Die Vorstellung, dass die armen Asylsuchenden zu Fuß und abgekämpft nach Europa kämen, ist ja' völlig irrig. Da gibt es Flüge und Transporte mittels Bahn, Bus oder sogar Taxis, im schlimmsten Fall organisiert durch hochkriminelle Schlepper. Nunmehr allerdings will offenbar die Europäische Union selbst das Geschäft der Schlepper bewerkstelligen.

Auch wenn man mit dem ehemaligen Innenminister und jetzigen Bundeskanzler Karl Nehammer in vielen Bereichen nicht übereinstimmt, ist ihm jedenfalls in dieser Frage voll inhaltlich zuzustimmen. Unser Land hat so viele Afghanen aufgenom-

men und seit 2015 so viel für Flüchtlinge und Asylsuchende geleistet, dass es sich jetzt mit Fug und Recht verweigern kann.

Und überhaupt sei darauf hingewiesen, dass die Europäische Union, deren Mitglied Österreich natürlich ist, in Afghanistan politisch und militärisch nicht wirklich aktiv war. Das waren die Amerikaner und die NATO, die in die Pflicht genommen werden könnten, also allenfalls europäische NATO-Staaten. Und auch da wird man es verhindern müssen, dass NATO-Mitglieder, wie etwa Albanien und andere Staaten des Westbalkans zum Korridor für afghanische Flüchtlinge werden, die dann natürlich nicht dort bleiben, sondern nach Österreich, nach Deutschland oder nach Schweden weiter wollen.

Nachdem aber unser politisches Schicksal u.a. von Politikern eines Herrn Josep Borrell, einer Frau Ylva Johansson und dem US-Präsidenten Joe Biden gestaltet wird, dürfen wir uns nicht wundern, dass die Zustände immer schlimmer werden.



Warum nehmen die reichen Golfstaaten – wie etwa Saudi-Arabien – nicht die vor den Taliban flüchtenden Menschen auf? (www.amnesty.ch)

Zwar gibt es Stimmen der Vernunft wie den amtierenden EU-Ratspräsidenten Charles Michel, den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša, der sich entschieden gegen die weitere Aufnahme von Afghanen ausspricht sowie die Repräsentanten der Visegrad-Staaten, Viktor Orban und den Polen Jaroslav Kaczynski.

Insgesamt aber nimmt die gesamte Migrationsproblematik einen zunehmend unglückseligen Verlauf.

Wenn aus allen Krisengebieten dieses Planeten Menschen nach Europa als einer Insel der Glückseligen, wo Milch und Honig fließen, strömen wollen, wird sich die Frage stellen, ob es dereinst auch „gesicherte Fluchtwege“ für uns, nämlich aus Europa hinaus, wird geben müssen. Die Frage ist nur wohin.

Das Afghanistan benachbarte China oder das unweit von Afghanistan im Norden liegende Russland - warum streben Flüchtlinge nicht in diese großen Länder?

Und warum nehmen die reichen Golfstaaten - wie etwa das äußerst wohlhabende Königreich Saudi-Arabien - nicht ihre muslimischen Brüder auf, die da auf der Flucht sind?

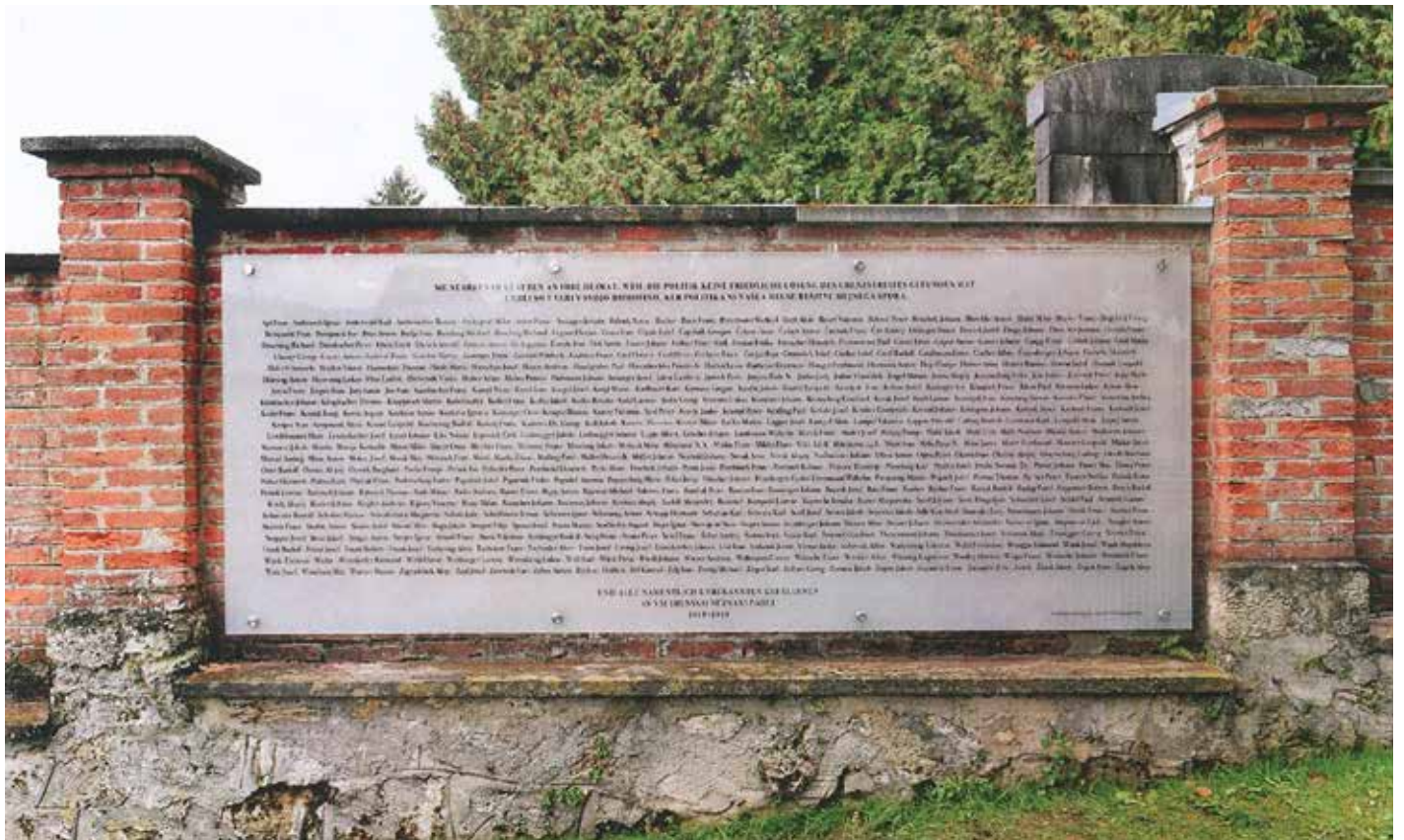
Ein weiterer großer Versöhnungsschritt Gemeinsame Opfergedenktafel in Völkermarkt enthüllt

Jahrzehnte hindurch sind sich Heimatdienst und Slowenen-Organisation in Konfrontation gegenübergestanden. Mit dem Ortstafelkompromiss 2005 war der Weg zur Verständigung und Versöhnung geebnet worden.

In einer feierliche Erklärung verpflichteten sich die späteren Mitglieder der deutsch-slowenischen Kärntner Konsensgruppe im Oktober 2006 engagiert an der Schaffung eines Klimas des gegenseitigen Vertrauens zu arbeiten. Mit Erfolg!

Nachdem 2016 erstmals gemeinsam aller Opfer des Kampfes um Kärnten auf beiden Seiten gedacht worden war, wurde fünf Jahre später am 6. Oktober mit der Enthüllung einer Gedenktafel am Völkermarkter Stadtfriedhof ein weiterer großer Schritt zur grenzüberschreitenden Versöhnung gesetzt.

Auf dieser Gedenktafel wurden die 1919/20 auf beiden Seiten gefallenen Soldaten unter dem Hinweis „Sie starben im Glauben an ihre Heimat“ verewigt.



Die Gedenktafelenthüllung stand unter dem Ehrenschutz der Staatspräsidenten Österreichs und Sloweniens

Vor rund 100 Ehrengästen wurden bei strömendem Regen Videobotschaften des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz und des Kärntner Landeshauptmannes Peter Kaiser in einem von der Stadtgemeinde Völkermarkt zur Verfügung gestelltem Zelt ausgestrahlt.

In seiner Grußbotschaft bezeichnete Sebastian Kurz die Gedenktafel als ein „Zeichen für den Dialog über die Grenzen der Volksgruppen hinweg“ und dankte der Konsensgruppe für die Initiative.

LH Peter Kaiser würdigte in seiner Botschaft die Anbringung der Gedenktafel mit der alphabetischen Nennung der Opfer des Abwehrkampfes auf beiden Seiten als einen „versöhnlichen Schritt“.

Als Bürgermeister der Abstammungsstadt Völkermarkt würdigte Bürgermeister Markus Lakounigg in seiner Grußbotschaft die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe und die Gedenktafelenthüllung als Fest der Freundschaft und des grenzüberschreitenden Miteinanders.

Der Kärntner Landtagspräsident Reinhard Rohr hob in seinen Grußworten besonders hervor, dass die Gedenktafel in beispielhafter Weise das Versöhnende über das einst Trennende dokumentiert.

Die eindrucksvolle Gedenkveranstaltung wurde von Mag. Raimund Grilc moderiert.

Großen Anteil am Gelingen unter widrigen Wetterumständen hatte auch KHD-Vorstandsmitglied Arno Manner.

Gesanglich umrahmt wurde der Festakt vom Doppelquintett Griffen unter der Leitung von Hans Mosser.

Auszüge aus den Festansprachen mit dem gemeinsamen Bekenntnis zu Versöhnung und Verständigung

Dr. Josef Feldner: „Der Abwehrkampf ist zu Ende! Das bedeutet aber keine Abkehr des Heimatdienstes von seinem Traditionsbewusstsein.“



Auszüge aus der Gedenkrede des Heimatdienst-Obmannes:

... „Mit der Enthüllung der Gedenktafel schreiben wir ein neues Kapitel der grenzüberschreitenden Gedenkkultur und setzen einen österreichweit bisher einzigartigen Akt der Versöhnung im Streben nach Überwindung von beiderseits seit 100 Jahren bestehenden Aversionen und Misstrauen. ...

... Wir wollen mit unserer Gedenktafel diesen wichtigen Schritt zur Versöhnung, für alle sichtbar und greifbar, öffentlich dokumentieren als bleibendes Monument eines gelungenen Kapitels im Bereich der Vergangenheitsbewältigung

... Auch wenn noch viel, sehr viel zu tun ist, so können wir jetzt schon angesichts eines weitestgehend konfliktfreien Zusammenlebens der Menschen im einst heiß umkämpften Kärntner Grenzland sagen:

Der Abwehrkampf ist zu Ende!

Wir können heute die Kräfte weg vom Gegeneinander verstärkt zum fruchtbringenden Miteinander einsetzen. Das kommt auch der slowenischen Volksgruppe im Streben nach Festigung und Weiterentwicklung ihrer sprachlichen und ethnischen Besonderheit zugute.

Viel zulange ist es auch nach dem Ersten Weltkrieg den Minderheiten in ganz Europa nicht gut gegangen. Aber auch nach Zerschlagung des nationalsozialistischen Terrorregimes, in welchem die Minderheit vom Auslöschen bedroht gewesen ist, waren auch in der Zweiten Republik die Entwicklungsmöglichkeiten unserer slowenischen Mitbürger nicht zufriedenstellend. ...

... Das sage ich durchaus selbstkritisch als jemand, der im zivilgesellschaftlichen Bereich Volksgruppenrechte stets statisch und nicht dynamisch gesehen hat, was etwa in der Ortstafelfrage mit zu einem Jahrzehnte langem Stillstand beigetragen hat.

Heute gibt eine Abkehr vom statischen Festhalten am Buchstaben des Art.7 des Staatsvertrages 1955 der slowenischen Volksgruppe darüberhinausgehende neue Möglichkeiten der sprachlichen und kulturellen Weiterentwicklung.

... Meine Damen und Herren!

Wenn wir heute auf einer Gedenktafel dokumentiertes gemeinsames Opfergedenken als wichtigen Akt der Versöhnung feiern, dann bedeutet das für den Kärntner Heimatdienst keine Abkehr von seinem Traditionsbewusstsein. Neben Pflege unserer gemeinsamen Kultur und unserer deutschen Muttersprache, werden wir auch in Zukunft den Kärntner Abwehrkämpfern ein ehrendes Angedenken bewahren, so wie wir

auch Verständnis zeigen, für das Gedenken in Slowenien an die Kämpfer um die Nordgrenze.

Bei gegenseitigem Respekt, ohne jegliches Anspruchsdenken, frei von Aversionen und Misstrauen, können auch wir die Worte des slowenischen Nationaldichters France Prešeren aus seinem Trinkspruch Zdravljica als gemeinsames Kulturgut übernehmen:

„Es leben alle Völker, die sehndend warten auf den Tag, dass unter dieser Sonne die Welt dem alten Streit entsag! Frei sei dann jedermann, nicht Feind, nur Nachbar mehr fortan!“

Dr. Marjan Sturm: „Ich bin sehr froh, dass wir in Kärnten die Signale der Zeit erkannt haben“



Nachfolgend Auszüge aus der Gedenkrede von Obmann a.D des „Zentralverbandes slowenischer Organisationen“ in Kärnten:

... „Heute stehen wir da und betauern gemeinsam alle Toten des Kampfes um die Landesgrenze, ohne die Volksabstimmung infrage zu stellen. Aber wir betauern auch den Raum der Gewalt, sei es struktureller oder kultureller Art, der hier in Kärnten auch präsent war. Offensichtlich ist das Wort des Predigers im Alten Testament, wonach das Schweigen seine Zeit hat, das Reden seine Zeit hat, das Hassen seine Zeit hat, der Streit seine Zeit hat, und der Friede seine Zeit hat, noch immer gültig.

Ja auch in Kärnten haben wir geschwiegen, gehasst, gestritten und nun sind wir auf den Weg zum wirklichen Gespräch, zum Dialog, zum Zuhören und zu einem konstruktiven Diskurs.

Das „Gespräch der Feinde“ hat der bekannte katholische Historiker, Friedrich Heer schon 1949 am Beginn des Kalten Krieges, propagiert.

Jetzt geht es darum, gemeinsam gemeinsame Perspektiven für das Land Kärnten zu entwickeln, sprachlich, kulturell, erinnerungspolitisch und nachbarschaftspolitisch. Eine Friedensregion Alpe-Adria der sprachlich-kulturellen Vielfalt und Offenheit wäre doch eine wohltuende Perspektive im Vergleich zu den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. ...

... Machen wir gemeinsam unser Land, unsere Region zu einem Vorzeigeland, zu einer Vorzeigeregion.

Ich bin sehr froh, dass wir in Kärnten die Signale der Zeit erkannt und im europäischen Geist mit einer neuen dialogischen Erinnerungskultur begonnen haben, die alle Seiten einbindet.

„Sie starben im Glauben an ihre Heimat, weil die Politik keine friedliche Lösung des Grenzstreites gefunden hat“, ist das Motto der heutigen Enthüllung der Tafel der Namen.

„Sie starben im Glauben an ihre Heimat, weil die Politik keine friedliche Lösung des Grenzstreites gefunden hat“, ist das Motto der heutigen Enthüllung der Tafel der Namen.

Ich bin überzeugt, dass eine solche Erinnerungskultur in die Zukunft gerichtet ist und uns immun gegen alle Formen un-

demokratischer Geisteshaltung machen wird. Ich glaube wir schaffen das! ...

... »Die Toten sind die Unsichtbaren. Sie sind aber nicht die Abwesenden«, hat Victor Hugo einmal geschrieben. Noch deutlicher hat Georges Bernanos dieses Grundprinzip einer auf Verantwortung, Rechenschaft und Versöhnung ausgerichteten Erinnerungskultur formuliert: »Die Zukunft gehört nicht den Toten, sondern denen, die von den Toten sprechen und erklären, warum sie gestorben sind«. ...

... Ich bin froh, dass wir in Kärnten die Signale der Zeit erkannt haben und im europäischen Geist mit einer neuen Art begonnen haben, die alle Seiten einschließt.

»Sie starben im Glauben an ihre Heimat, weil die Politik keine friedlicher Lösung des Grenzstreites gefunden hat«, ist der Titel der heutigen Veranstaltung. Ich bin überzeugt davon, dass eine solche Art der Erinnerung in die Zukunft gerichtet ist und uns resistent gegen alle Formen undemokratischen Denkens machen wird.

Ich verneige mich und gedenke der Toten auf beiden Seiten und sichere zu, dass wir im Sinne des Zusammenlebens und der Versöhnung weiter arbeiten werden.

Mag. Lučka Lacarev Šerbec: „Wir alle sind verantwortlich, dass wir auf beiden Seiten der Grenze das Miteinander, die Zusammenarbeit und die gegenseitige Achtung vertiefen und so die Bedingungen für den Frieden schaffen.“



Einen weiteren Meilenstein im Streben nach grenzüberschreitender Versöhnung stellte die erstmalige Teilnahme der Präsidentin des „Verbandes der General-Rudolf-Maister-Vereine“ aus Slowenien dar.

Ein Auszug aus ihrer bemerkenswerten Gedenkrede:

„Auf der Grundlage des Zusammenlebens in der EU stellt

jetzt schon die dritte und vierte Generation, unbeschwert von der Vergangenheit, die Frage, was damals in diesem Raum geschehen ist, und gibt uns mit ihren positiven Zugang die Hoffnung, dass wir den alten Groll überwinden werden, dass wir neue Beziehungen beim Ausbau der europäischen Integration erreichen werden.

Wichtig ist die Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf der Basis gemeinsamer Werte, die uns verbinden und nicht trennen.

Nichts ist selbstverständlich, auch der Frieden nicht. Wir alle sind verantwortlich, dass wir auf beiden Seiten der Grenze das Miteinander, die Zusammenarbeit und die gegenseitige Achtung vertiefen und so die Bedingungen für den Frieden schaffen.“

Anmerkung dazu:

Wer hätte es vor noch nicht allzu langer Zeit gedacht, dass die höchste Repräsentantin der Traditionsträger unserer ehemaligen militärischen Gegner u.a. gemeinsam mit dem Heimatdienstobmann an einem Gedenken an alle im Kampf um Kärnten Gefallenen teilnimmt.

Dr. Danijel Grafenauer: „Diese Tafel soll von Pazifismus geprägt sein und uns an die Schrecken des Krieges erinnern, die dann beginnen, wenn der Dialog zwischen den Gegnern aufhört.“



Dr. Danijel Grafenauer nahm als Vertreter beider „Klubs der Kärntner Slowenen“ in Ljubljana und Maribor an der Gedenkveranstaltung teil. Der „Klub der Kärntner Slowenen“ vereinigt Nachkommen jener Menschen, die nach der Kärntner Volksabstimmung aus Kärnten nach Slowenien emigrierten.

Ein Auszug aus seiner Gedenkrede:

... „Die ehemaligen „Waffenbrüder“, dann Feinde, sind heute vereint im Tod.

Die alphabetische Anordnung ihrer Namen betont die Brüderlichkeit und fordert auf, über die Unsinnigkeit so vieler Toter in bewaffneten Konflikten nachzudenken.

Die globale Unsicherheit und die Brüchigkeit des europäischen Friedens heute sowie das „Zeitalter der Extreme“, dessen Zeugen wir im 20. Jahrhundert waren, sollen uns Warnungen aus der Geschichte für Gegenwart und Zukunft sein.

... Um den Frieden und das Zusammenleben ist ein ständiges Bemühen notwendig. Für die Festigung beider ist aber ein offener und einschließender Dialog notwendig, der auf Grundlage breit angenommener humanistischer Prinzipien möglichst viele Menschen anspricht.

... Möge uns die Erinnerung an die Gefallenen als „Ring der Erinnerung“ dienen, den wir heute schließen und erneut mit der Schaffung einer gemeinsamen Kultur der Erinnerung beginnen.

Ich verneige mich in der Erinnerung an die hier begrabenen und alle gefallenen Kämpfer im Kampf um die Grenze in den Jahren 1918-1919. Mögen sie in Frieden ruhen und möge ihr Opfer als Mahnung an die Lebenden dienen.

Manuel Jug: „Die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe hat massiv dazu beigetragen, dass über den Dialog nicht nur theoretisch gesprochen wurde, sondern aktiv Taten gesetzt worden sind.“



Der Obmann des „Zentralverbandes slowenischer Organisationen“ führte in seiner Gedenkrede aus:

„Zu allererst möchte ich dem KHD-Obmann, Dr. Josef Feldner sowie dem ehemaligen ZSO-Obmann Dr. Marjan Sturm meinen Dank aussprechen, da sie die Initiative ergriffen haben, dass dieses Projekt der Verständigung, des Friedens und des gemeinsamen Opfergedenkens umgesetzt wurde.

Die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe hat massiv dazu beigetragen, dass über den Dialog nicht nur theoretisch gesprochen wurde, sondern aktiv Taten gesetzt worden sind.

Das jahrzehntelange, verbindende Wirken der Konsensgruppe

wird auch den kommenden Generationen zu Gute kommen, da sie in einer Zeit aufwachsen können in der die sprachliche und kulturelle Vielfalt etwas Selbstverständliches ist.

Es ist daher unser aller gemeinsame Aufgabe und Verantwortung, dass die Zeit des Konflikts nie wieder auflebt.“

Raimund Freithofnig: „Frieden und Verständigung waren nicht immer selbstverständlich. Daher ist es notwendig, dass auch wir als Vertreter der Jugend einen Beitrag zur Verständigung leisten“

Raimund Freithofnig ist Mitglied der KHD-Vereinsleitung und Jugendsprecher des Kärntner Heimatdienstes.



Nachfolgend ein Auszug aus seiner Gedenkrede:

... „Konsens, Respekt und Akzeptanz müssen immer wieder neu gelernt werden und in die junge Generation weitergetragen werden.

... Mit der heutigen Gedenkveranstaltung haben wir die Verständigung auf eine neue Bühne gebracht.

... Es ist mir immer wieder eine Freude, an solchen Veranstaltungen teilnehmen zu dürfen und damit einen kleinen Beitrag zur Versöhnung zu leisten.“

Würdigung auch in der Kärntner Tagespresse

KLEINE ZEITUNG und KÄRNTNER KRONE übereinstimmend: „Ein Akt der Versöhnung“

KLEINE ZEITUNG: „Wenn die Konfrontation dem Dialog und der Erkenntnis weicht“

Unter dem Titel „Gedenktafel für Ende des Abwehrkampfes“ hob Robert Benedikt mit dem Hinweis, dass die Präsidenten Sloweniens und Österreichs, Borut Pahor und Alexander van der Bellen den Ehrenschutz übernommen haben, die Bedeutung der Gedenktafel hervor.

Andrea Bergmann sieht die Opfer-Gedenktafel in ihrem in der Kleinen Zeitung veröffentlichten „Aufwecker“ als ein neues Symbol in Kärnten, wie Grenzen überwunden und Brücken geschlagen wurden als Ergebnis, wenn die Konfrontation dem Dialog und der Erkenntnis weicht.

KÄRNTNER KRONE: „Frei sei jedermann, nicht Feind, nur Nachbar mehr fortan“.

In seiner Kolumne: „Kärnten inoffiziell“ schreibt Fritz Kimeswenger:

„Wie weit in der Debatte um Abwehrkampf und Volksabstimmung die Vernunft Einzug gehalten hat, beweist KHD-Obmann Josef Feldner, der sich nicht scheut, den slowenischen Nationaldichter France Prešeren mit einem Trinkspruch zu zitieren: „Frei sei jedermann, nicht Feind, nur Nachbar mehr fortan!“

Vor gar nicht allzu langer Zeit war das undenkbar. Ebenso wie die Gedenktafel, die die Konsensgruppe um Feldner und Marjan Sturm gemeinsam mit Lučka Lacarev Šerbec von den slowenischen „General-Rudolf-Maister-Vereinen“ am Völkermarkter Friedhof umsetzte.

Dialog- und Gedenkgemeinschaft

Grenzüberschreitendes Gedenken an die menschlichen Tragödien vom Loibacherfeld bei Bleiburg und Liescha/Leše/Slowenien

Von Franz Jordan

Zu Allerheiligen und Allerseelen gedachte die Dialog und Gedenkgemeinschaft grenzüberschreitend, der Kriegs- und Nachkriegsopfer. In Liescha /Leše (Massengrab mit Opfern



Franz Jordan ganz rechts beim vorweihnachtlichen Opfergedenken im Jahr 2019 in Liescha

verschiedener Nationen) und am Loibacherfeld bei Bleiburg wurde der verschleppten und ermordeten Kärntner sowie der kroatischen Opfer erinnert.

Gemeinsam mit DI Dr. Josip Stjepandic (Präsident der Kroatischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Diaspora und Heimat - HAZUDD) besuchten Franz Jordan (KHD Obmann-Stellvertreter), DI Christian Kogler (KHD Vorstandsmitglied), Ewald Klammer (Präs. Verein der deutschsprachigen Altkärntner), Fritz Wetternig (Kameradschaftsbund), Willi Kleber (Obmann der Jauntaler Trachtengruppe) die Gedenkstätten. Am Loibacherfeld gab es eine berührende Begegnung mit einer Frau, deren Vater auch eines der Opfer war.

1975 wurde der in Klagenfurt lebende Gärtner, Nikola Matinovic ermordet. Er musste sterben, weil er sich für das kroatische Opfergedenken am Loibacherfeld einsetzte. Die Täter blieben ungestraft!

Erst 1990 erfuhr Alt-Bürgermeister Othmar Mory (die Eltern liegen im Liescha/Leše Wald) durch Prof. Benjamin Kumprej und Tone Susnik von dem Massengrab in Liescha/Leše.

Die Historisierung des Landesmythos

Von KHD-Obmann-Stellvertreter Andreas Mölzer



Andreas Mölzer, Lučka Lacarev Šerbec, Marjan Sturm und Josef Feldner

Die damit von der Kärntner Konsensgruppe rund um Josef Feldner und Marjan Sturm demonstrierte Harmonisierung der Geschichtsbilder beweist, dass die Ereignisse rund um den Kampf um die Kärntner Landeseinheit nach dem Ersten Weltkrieg heute kein Thema mehr sind für aktuelle politische Auseinandersetzungen.

Sie sind vielmehr ein wesentlicher Teil eines Kärntner Landesmythos, den alle Bürger des Landes mittragen.

Der Ehrenschutz des österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen und des slowenischen Staatspräsidenten Janez Janša geben diesem finalen Versöhnungsschritt so etwas wie höhere-Weihen.

Und damit gewinnen die Ereignisse von 1918 bis 1920 den Charakter eines für die Kärntner Identität zentralen historischen Ereignisses, wie es für die Tiroler Andreas Hofer, für die Franzosen Jeanne d'Arc und die Schweizer Wilhelm Tell ist.

Wenn kürzlich an der Völkermarkter Friedhofsmauer eine Gedenktafel mit den Namen aller Gefallenen des Kärntner Abwehrkampfes von 1918/19, und zwar auch jenen der slowenischen „Kämpfer um die Nordgrenze“, mit dem Hinweis, sie alle starben „im Glauben an ihre Heimat“, enthüllt wurde, ist dies ein wesentlicher Schritt zur Historisierung von Abwehrkampf und Volksabstimmung.

Tito ist tot, Jugoslawien, das einst Anspruch auf weite Teile Unterkärntens erhoben hatte, ist zerfallen und der Kärntner Abwehrkampf ist endgültig vorbei.

Längst wird die autochthone slowenische Volksgruppe im Lande als kulturelle Bereicherung begriffen, während die Republik ganz andere Integrationsprobleme hat, beispielsweise mit 44.000 Afghanen. Und die Herausforderungen für Kärnten selbst bestehen längst nicht mehr in einer Gefährdung der territorialen Integrität des Landes, sondern vielmehr im Bereich von ökologischen und sozioökonomischen Entwicklungen: Klimawandel, Massenimmigration und kulturelle Globalisierung, das Verschwinden von Dialekt und Volkskultur, Entindustrialisierung, Bauernsterben und die Krise von Handwerk und Gewerbe“. Das könnten heute die Aufgaben eines wohlverstandenen Heimatschutzes sein.

Der Beitrag wurde in der KLEINENZEITUNG am 6. Oktober 2021 als Gastkommentar veröffentlicht.

Gemeinsames Opfergedenken steht für den KHD nicht in Widerspruch zum dankbaren Erinnern an den Kärntner Abwehrkampf

Das zeigt der Heimatdienst alljährlich bei Kranzniederlegungen rund um den 10. Oktober zu Ehren der gefallenen Kärntner Abwehrkämpfer am Friedhof Klagenfurt-Annabichl, bei der Stätte der Kärntner Einheit im Klagenfurter Landhaushof und landesweit auf anderen Gedenkstätten in Kärnten.

Die „Gemeinsame Heimat Kärnten“ steht im Mittelpunkt



Um Gemeinsamkeit bedacht zeigte sich der Heimatdienst auch bei einem im Vorjahr in Miklauzhof enthüllten Gedenkstein.

Dieser ist das einzige zum 100-Jahr-Jubiläum errichtete Denkmal mit der Aufschrift „Gemeinsame Heimat Kärnten“ und soll beide Bevölkerungsgruppen gleichermaßen einschließen.

„Wir haben einen Schlusstrich unter gegenseitige Schuldzuweisungen, Misstrauen und Aversionen gezogen“ betonte KHD-Obmann Josef Feldner bei der Denkmalenthüllung.

Wenn am Denkmal auf einer eigenen Tafel Hans Steinacher gewürdigt wird, ohne den es kein gemeinsames Kärnten

gäbe, so steht das dazu nicht in Widerspruch.

Das betonte auch KHD-Obmann-Stellvertreter Andreas Mölzer bei der Gedenksteinenthüllung in Miklauzhof und präsentierte dort seine Dokumentation „Hans Steinacher in Licht und Schatten. Ein Kärntner in seiner Zeit“ in welcher auch dunkle Flecken in dessen Leben nicht verschwiegen werden.



So wie wir selbstverständlich Verständnis zeigen für die alljährlichen Veranstaltungen in Slowenien zu Ehren unserer ehemaligen militärischen Gegner 1918/19, so erwarten wir auch von dieser Seite Verständnis für unsere dankbare Erinnerung an die Kärntner Abwehrkämpfer und an all jene, die wie Hans Steinacher, erfolgreich unter schwierigsten Bedingungen für die Kärntner Landeseinheit agitiert hatten.

Internationale Staatengemeinschaft tut nichts gegen das explosive Bevölkerungswachstum

Kampf gegen Klimawandel mit stumpfen Waffen



Bevölkerungsexplosion in Afrika. Im Jahr 2100 könnten bereits 4.300 Millionen Menschen in Afrika leben, fast dreimal(!) so viel als heute. Foto: FAZ

Der Mensch steht astronomischen und geodynamischen klimaverändernden Faktoren machtlos gegenüber

Auf diese unwiderlegbare Tatsache hat Andreas Mölzer in unserer September-Ausgabe hingewiesen, ohne zu leugnen, dass der Mensch große Verantwortung für das Weltklima hat. Der Weltklimagipfel in Glasgow mit 40.000(!) Delegierten hat gezeigt, wie schwierig, ja in vielen Bereiche undurchführbar es ist, gegen den Klimawandel erfolgreich anzukämpfen.

Die vor sechs Jahren in Paris vereinbarte, in Glasgow abermals als Ziel genannte Reduzierung der Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius erweist sich längst bereits als unerreichbar. Die Zusagen der Staaten bis 2030 dieses Ziel zu erreichen, reichen nicht annähernd. Bis Ende des Jahrhunderts wäre eine Erwärmung um „nur“ 2,4 Grad am wahrscheinlichsten.

Wie weltfremd die am Klimagipfel in Glasgow von 31 Ländern abgegebene Verpflichtung, dass bis 2035 alle Neuwagen emissionsfrei sein müssen, zeigt die Tatsache, dass es weltweit 1,4 Milliarden(!) Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren gibt und der Bestand an E-Autos erst im Promillebereich liegt!

Manche Staaten untergraben noch ihre in Glasgow gegebenen Klimazusagen

Statt Fortschritte nachzuweisen, zeigt sich schon wenige Wochen nach Ende des Klimagipfels in Glasgow, dass der zugesagte Abbau der Kohleproduktion und der Abholzung nicht erfolgt.

Caritas-Präsident Michael Landau hat Recht, wenn er die Welt zum „mutigen Handeln“ im Kampf gegen den Klimawandel aufruft. Es ist jedoch blauäugig zu glauben, wie Landau, die Menschheit allein könne „die Erde retten“.

Mehr noch: Wenn der Caritas-Präsident die tatsächlich schrecklichen Hungersnöte mit dem Klimawandel in Zusammenhang bringt, dann verschweigt er, dass nicht allein Dürrekatastrophen daran schuld sind, sondern vor allem eine galoppierende Bevölkerungsexplosion, insbesondere in den afrikanischen Hungergebieten. Diese gilt es gezielt zu bekämpfen.

Im Gegenteil: China hat die Kohlenutzung weiter erhöht und Brasilien vernichtet unvermindert den so wichtigen Primärwald.

Unfassbar: Reduzierung des Bevölkerungswachstums in Afrika wurde überhaupt nicht thematisiert

Die für die Bekämpfung des Klimawandels so wichtige Eindämmung der Bevölkerungsexplosion liegt in den Sternen. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass damit auch nur ansatzweise begonnen wird.

Das, obwohl sich die Bevölkerung in Afrika von heute rund 1.300 Millionen bis 2050 auf 2.500 Millionen fast verdoppeln(!) wird und jetzt schon Hunderte Millionen unter einer Hungersnot leiden.

Obwohl auch in Studien der EU ein Rückgang des Bevölkerungswachstums aus wirtschaftlichen wie auch sicherheitspolitischen Gründen als unverzichtbar bezeichnet wird, tut die internationale Staatengemeinschaft nichts um nur ja keine Menschenrechte zu verletzen.

Dabei gibt es viele andere Möglichkeiten, u.a. besseren Bildungszugang für Frauen oder Schaffung von Einkommensmöglichkeiten zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums.

Die Schaffung von Entwicklungsperspektiven für die Hunderten Millionen Notleidenden in Afrika, wäre auch ein Kampf gegen die katastrophale, insbesondere in Hunderttausenden Slums produzierte Umweltverschmutzung und somit auch ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz.



Unseren Tausenden Gönnern, Aktivisten, Mitgliedern und Sympathisanten ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2022
Obmann Dr. Josef Feldner im Namen des Kärntner Heimatdienstes

Wir bitten um einen FREIWILLIGEN BEITRAG

Der KHD erhält keine öffentlichen Mittel und bewahrt sich damit seine völlige Unabhängigkeit. Nur dank einer uns vor Jahren zugeflossenen großzügigen Zuwendung von privater Seite und dank Ihrer Spenden sind wir in der Lage, Projektförderungswürdiger Gruppierungen in Kärnten sowie auch Projekte der deutschen Volksgruppe in Slowenien und in Friaul-Julisch-Venetien finanziell zu unterstützen.

Größte Bedeutung messen wir auch der Finanzierung aller Aktivitäten bei, vor allem jener der Kärntner Konsensgruppe, die der Erhaltung des Friedens und der Verständigung in Kärnten dienen.

Da unsere Mittel nicht unerschöpflich sind, bitten wir auch weiterhin um Ihre Hilfe. Mit jedem Beitrag tragen Sie auch zur Festigung eines respektvollen Zusammengehörigkeitsgefühls beider Bevölkerungsgruppen in Kärnten bei. **VIELEN DANK!**

Die dankbare Erinnerung an Abwehrkampf und Kärntner Volksabstimmung hat kein Ablaufdatum

101 Jahre nach der Volksabstimmung gedachte der Heimatdienst zum 10. Oktober sowohl auf traditionelle Weise als auch mit dem Einsatz von Lasertechnik.

Traditionell, beim Ehrenmal am Friedhof Klagenfurt-Annabichl sowie an der „Stätte der Kärntner Einheit“ im Klagenfurter Landhaushof und modern zum zweiten Mal auch heuer wieder vor dem Rathaus in der Landeshauptstadt mit dem Einsatz von Lasertechnik.

Opfergedenken am Friedhof Klagenfurt-Annabichl

Alljährlich am 10. Oktober findet an der Landesgedenkstätte in Anwesenheit der Spitzenrepräsentanten des Landes sowie der Heimat- und Traditionsverbände das Gedenken an die im Kampf um die Erhaltung der Kärntner Landeseinheit 1918/19 gefallenen Abwehrkämpfer statt.



Landeshauptmann Peter Kaiser würdigte in seiner Gedenkrede auch die Arbeit der Kärntner Konsensgruppe und damit auch des KHD.



Soldaten des österreichischen Bundesheeres bringen den Kranz des Heimatdienstes zur Gedächtnisstätte.

Das Abstimmungs- und Totengedenken wurde an der „Stätte der Kärntner Einheit“ fortgesetzt

Traditionell findet das Landesgedenken am 10. Oktober an der 1998 errichteten „Stätte der Kärntner Einheit“ im Klagenfurter Landhaushof statt. Die Errichtung dieser Gedenkstätte des Landes Kärnten erfolgte über Betreiben des Heimatdienstes und weiterer Heimatverbände.



Als Vertreter des Kärntner Heimatdienstes nahmen Obmann Josef Feldner und Vorstandsmitglied Karl-Heinz Moschitz an der Kranzniederlegung der Kärntner Landesregierung teil.

Zum zweiten Mal KHD-Oktobergedenken im Rahmen einer Laser-Show

Ganz neue Wege beschreitet der Kärntner Heimatdienst bei seinem dankbaren Erinnern an Abwehrkampf und Volksabstimmung mit dem Einsatz von Laser-Technik.

Diese, ohne öffentliche Mittel finanzierte Show bringt mit Grafiken und Musik untermalt einen Überblick über Abwehrkampf und Volksabstimmung und endet mit einem Aufruf zum grenzüberschreitenden friedlichen Miteinander.



Diese Grafik erinnert an den jugoslawischen Angriff auf Kärnten.



Heute, mehr als 100 Jahre nach dem Kampf um Kärnten sind die Aversionen überwunden und es steht das Streben um Versöhnung im Mittelpunkt.